



Biwöchiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Post 2 Thlr. 15 Gr. — Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Petitschrift 5 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 24. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (14. Januar.)

11 Uhr. Am Ministerial-Camphausen mit mehreren Commissarien.

Das Haus hat wiederum eines seiner Mitglieder, den Abg. Bach, Vertreter des 8. Breslauer Wahlbezirks (Neurude, Glas, Habelschwerdt), durch den Tod verloren und eht sein Andenken in der üblichen Weise. Sodann vollzieht es die Wahl eines Schriftführers an Stelle des verstorbenen Böhmer, deren Resultat später verklündigt werden wird.

Im Moment des Eintritts in die Tagessitzung erhält Präsident von Jordanbeck folgendes Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen v. Roos, das er sofort verliest: „Ex. Hochwohlgeboren beehe ich mich ganz ergeben zu benachrichtigen, daß des Kaisers und Königs Majestät mittels Allerhöchster Ordre vom gestrigen Tage dem Staatsminister, Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow, die nachgeführte Dienstesetzung ertheilt und den Oberpräsidenten der Provinz Posen, Grafen v. Königsmarck, zum Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu ernennen geruht haben.“ Berlin, den 14. Januar 1873.“

Sodann sitzt das Haus die zweite Berathung des Etats der Domänenverwaltung fort, die am Sonnabend bei der Abstimmung über den Antrag Holz und Genossen wegen Beschlusshilfsleit abgebrochen werden mußte. Heute muß über diesen Antrag, „die kgl. Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Domänen-Verwaltung dem Rechte des landwirtschaftlichen Ministeriums überwiesen werde“, nach einer zweifelhaften Abstimmung durch Aufsteben und Sigenbleiben wiederum namentlich abgestimmt werden, und wird dieselbe mit 163 gegen 145 Stimmen abgelehnt. (Ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten.) Damit ist der Etat der Domänen-Verwaltung, dessen Positionen durchweg genehmigt sind, erledigt.

Inzwischen kann der Präsident das Resultat der Schriftführerwahl verkünden: mit 294 von 300 Stimmen ist der Abg. Mithoff (Göttingen) gewählt.

Über den Etat der Verwaltung der directen Steuern referirt Abg. v. Gottberg: Anlässlich der Grundsteuer erinnert Abg. v. Wedell-Behlingdorf an die in der vorigen Session beschlossene Resolution des Hauses, in der die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen und Kreise verlangt wurde. Der Finanzminister hat in der Budgetcommission auf die Mäßigung an diese Resolution geantwortet, daß die Staatsregierung dem Verlangen nach Erleichterung durch Überweisung von 5 Millionen Thaler zur Durchführung der Kreisordnung bereits genügt habe. Über die Verhältnisse die im vorigen Jahre die Resolution veranlaßten, haben sich seitdem noch verschärft und die Landwirtschaft befindet sich in einer nicht mehr zu bestreitenden Krise: sie ist nicht mehr im Stande mit Nutzen zu arbeiten, und die Grundsteuer absorbiert bereits einen Theil der Rente, auf die der Besitzer nicht verzichten kann, wenn er bestehen soll. Der Finanzminister erkennt diesen Notstand nicht an, weil der Grundbesitz seine Steuern regelmäßig bezahlt; aber diese Thatstache beweist nichts, denn es darf kommen, bis der Grundbesitz die Steuern verweigert, und die Verstellung, als bliebe der Grundbesitz immer bestehn, wenn auch der Grundbesitzer zu Grunde geht, ist eine absurd.

Bei der Enquête über die Creditinthe der Landwirthschaft hat Lasker alle ihre Klagen über Steuerbelastung im Gegensatz zum Verkehr mit mobilen Werthen bestätigt und dadurch in ersterlicher Weise bewiesen, daß die Erfahrung der Praktiker und die theoretische Erkenntniß zusammenstossen. Wenn, wie es der Fall ist, nicht nur die schmale Rente des Grundbesitzers, sondern auch seine Schulden zur Steuer herangezogen werden, dann begreift man, daß die Last Grundbesitz zu erwerben und die Freude an diesem Besitz in der Abnahme begriffen ist und eine ganze Provinz (Pommern) sich vor Allen Augen entbölter, denn woher soll den Renten die Neigung kommen, einen Besitz zu erwerben, auf dem eine so abnorme Steuerlast ruht? In jener Provinz hat der alte Spruch „besser kein Knecht, als ein schlechter Knecht“ längst jede Geltung verloren, auch den schlechtesten sucht ein Nachbar dem andern zu entreißen. Es ist schwer diese Zustände plötzlich zu ändern, aber zur Sprache müssen sie gebracht werden, wenn der innere Frieden im Lande erhalten werden soll.“

Abg. Graf Beihusy-Huc: Die Klage des Vorredners, daß die Schulden des Grundbesitzes mit besteuert werden müssen, ist absolut ungerecht. Wer ein Grundstück nur halb bezahlen kann, muß sich vorher mit den preußischen Steuergesetzen bekannt machen, und sich nicht verwundern, wenn er die gesetzlich vorgeschriebene Steuer zahlen muß (Widerspruch rechts). Ein Abwälzen dieser Steuer vom Grundbesitz ist um so weniger gerechtfertigt, als alle Auswendungen des Staates für Ammorationen, Wege-, Straßenbau u. s. w. in erster Linie und mehr als allen anderen Klassen dem Grundbesitzer zu Gute kommen. Ich fürchte, daß die immer erneuten, ungerechtfertigten Klagen des Großgrundbesitzes zu nichts weiter führen, als einen Klassenkampf zu inauguriiren, bei dem er schließlich den Hauptschaden zu tragen haben wird. Wer wie ich — und ich zähle mich selbst in dieser Beziehung ganz zu den Conservativen (Widerspruch rechts) — zugleich das Bestehen der bürgerlichen und der Großgrundbesitzer wünscht, der kann der Kalamität des Grundbesitzes, so weit sie existirt, nur durch eine Aenderung unseres Erbrechtes abhelfen wollen, durch ein Juridgeben auf aldeutsches Erbrecht. Ich wünsche in dieser Beziehung einen Gesetzesvorschlag, der erstens die Intestatserfolge bei Grundstücken und Gebäuden anders als bisher regelt und zweitens bei Vererbung von Immobilien die Conservirung eines Grundstücks innerhalb der Familie ermöglicht, d. h. daß die Vererbung auf ein Mitglied der Familie nicht wie bisher unmöglich gemacht wird. Die gegenwärtige Gesetzgebung auf diesem Gebiet legt dem Testanten aus stiftlich löslichen Gründen die Versuchung nahe, um der Familie das Gut zu erhalten, eine Schuldenlast zu übernehmen, die sehr oft den Ruin des Besitzes herbeiführt. Trete ich nicht, so hat der Herr Handelsminister einen derartigen Antrag im Herrenhause eingeführt, und man wird auf ihn bei Gelegenheit zurückkommen können. Die Grundsteuer aber als solche anzusehen, ist entschieden gefährlich.

Abg. Richter (Hagen): Es ist ja richtig, daß die kleineren Landwirthschaften durch unsere Steuergesetzgebung in manchen Punkten benachtheiligt werden und insbesondere bisher unverhältnismäßig gegenüber dem Arbeiter zur Klassensteuer herangezogen wurden, welchem Verhältniß das neue Klassensteuergesetz abheben soll. Was aber von den kleinen Landwirthen gilt, gilt in dem Maße noch nicht von den großen und am wenigsten von den Rittergutsbesitzern. (Rufe rechts: die giebt's ja nicht mehr!) Nun, ich habe bis jetzt noch nicht gehört, daß diejenigen, die man bisher Rittergutsbesitzer nannte, auch so auswandern, wie die kleinen Grundbesitzer (Heiterkeit). Der Großgrundbesitz hat sich bisher der eigentlichen Einkommensteuer in einer Weise entzogen, wie es anderen Klassen noch nicht gelungen ist. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, das ist amlich in der bekannten Denkschrift des Ministers von der Heydt vom Jahre 1869 festgestellt. Die Herren sprechen immer vom Druck der Grundsteuer, aber 1861 wurden doch den Rittergutsbesitzern für Übernahme der Grundsteuer 10 Millionen in Staatspapieren übergeben und ich habe noch nicht gehört, daß die Herren gelonnen sind, für den Fall der Aufhebung der Grundsteuer diese zehn Millionen mit den Zinsen zurückzuzahlen. Der Finanzminister hat bei Berathung der Kreisordnung im Herrenhause richtig herbeigehoben, daß bei allen Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr, für Straßenbau, Stromregulierung u. s. w. der Großgrundbesitz den erheblichsten Vortheil habe, daher die Ausgaben der öffentlichen Verbände im höheren Maße von den Großgrundbesitzern getragen werden müssten.

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr allein sind in den letzten 4 Jahren von 10 auf 18 Millionen gestiegen, während die Grundsteuer auf denselben Betrag von 13 Millionen stehen geblieben ist. Das Verhältniß hat sich also erheblich zum Vortheil der Großgrundbesitzer geändert. Ich bitte dem Gedanken nicht fern, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden zu übertragen, aber nur unter der Voraussetzung, daß nun auch diese Aufwände für den Verkehr, für Chausseen u. s. w. auf die Communalverbände übergehen. Das sind vorliegende Provinzial-Dotationsgesetz erfaßt diesen Gedanken zwar noch nicht, schlägt ihn aber auch nicht aus, und ich werde ihn auch ferner verfolgen. Wir auf dieser Seite des Hauses sind überall, wo die Landwirtschaft wirklich zu Beschwerden Urfache hat,

ebenso geneigt, denselben abzuheben, wie den berechtigten Klagen aller anderen Klassen der Bevölkerung. Ich glaube aber, daß die landwirtschaftliche Interessenvertretung in diesem Hause, indem sie den Klassenkampf in unrechtfertiger Weise schützt, gerade den Interessen des Großgrundbesitzes den schwersten Schaden zufügt. (Zustimmung links)

Finanzminister Camphausen: Es ist kein Gewinn, wenn bei den speziellen Etatsberathungen Gelegenheit genommen wird, plötzlich weitgreifende Fragen in Anregung zu bringen. Ich habe mich heute in der Erwartung hierher begeben, zu meinem Etat kaum ein Wort äußern zu brauchen. Man hat einige Kanzlistenstellen gestrichen, man hätte es besser unterlassen, indem das damit über mich verbangte Unglück wäre nicht so groß. Um so weniger kann ich es billigen, wenn so weitgreifende Fragen von vornherein hier mit solcher Erörterung behandelt werden. Die Stellung des Finanzministers zu dieser Frage ist sehr einfach. Es hat das Gesetz auszuführen, und wünscht man Änderungen desselben, so hat er die dazu führenden Anträge abzuwarten. Was den Antrag betrifft, der im vorigen Jahre bei Gelegenheit der vorgelegten Steuerreform in Anregung kam, so wird er ja bei einer Debatte über dieselbe Frage Gegenstand der Erörterung sein. Heute wiederhole ich nur meine Ausführungen in der Commissionssitzung, daß es nicht in der Absicht der Regierung liegt, die Grund- und Gebäudesteuer den Communalverbänden zu überweisen. Wäre dies der Fall, so müßte sie zuerst die Frage auftun, wie die 18 Millionen gebrochen werden sollen. Sollten sie dadurch entbehrlich werden, daß Ausgaben, die der Staat bisher leistete, künftig von den Communalen getragen würden, dann liege sich darüber reden. Eine solche Lage ist aber doch heute wahrlich nicht gegeben, ich möchte Sie daher bitten, diese Frage der Steuerreform bei Gelegenheit des Etats für erledigt zu erachten.

Zu Art. I der Ausgaben (Direction für die Verwaltung der directen Steuern in Berlin) beantragt die Budget Commission, 3350 Thaler für 5 Kanzlisten und eine Zulage für den Kanzlei-Inspector nicht zu bewilligen. Referent v. Gottberg: Bisher ist die Arbeit von Lohnschreibern angefertigt worden, da nun zwischen die Übertragung der Erhebung der directen Steuern von staatlichen auf städtische Organe beabsichtigt wird, so erscheint die Errichtung neuer Beamtenstellen nicht mehr als notwendig.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Rhöde: Die Regierung hatte die Absicht, für die Erhebung der directen Steuern sich nach und nach einige Beamte, die Bruttogehaltslinien groke technische Crötlerungen nicht mehr statfinden werden, wie z. B. ob zwei getrennte Linien durch ein Mittelstück zu verbinden seien, damit für das ganze Land eine Bahn in den Händen des Staates ist. Ebenso die zweite Frage, ob eine Bahn strategisch notwendig sei, nicht aber im Verkehrsintere, und weiter, ob der Bau der strategischen Bahnen Preußen allein oder dem Reich obliege. Solche Fragen kann das Plenum so gut entscheiden, wie die Commission. Überzeugt sich dann das Haus bei einem einzelnen Punkte von der Notwendigkeit einer technischen Unterforschung, so ist der Gesammtwillen des Hauses der zu mählenden Commission schon bekannt, das ganze Gesetz braucht nicht zu schlummern, bis die Commission über Einzelheiten schlüssig geworden ist.

Nur muß es einmal ein Ende haben; die Richtung unserer Zeit geht dahin, die Straßen müssen dem Staat oder den Communalen gehören. Und wenn ich von diesem Gesichtspunkt ausgehe, finde ich ganz natürlich, daß der Staat sagt: in der ersten Zeit bau ich allein, wo ich selbst bauen kann und wo es im Staatsinteresse liegt; wo das nicht der Fall ist, ist mir der willkommen, der die Straßen baut. Aber der Privatbau ist ein bloß subsidiäres Hilfsmittel, das immer mehr eingeschränkt werden muss, wenn der Staat sein natürliches Recht der Wege wieder an sich nimmt, selbstverständlich unter Entzädingung der Privatleute. Sie werden daraus entnehmen können, daß ich der Vorlage völlig unbefangen gegenüber stehe. Im Gegensatz zu Hrn. Glaser stelle ich den Antrag, daß über diese Gesetzesvorlage in zweiter Lesung im Plenum verhandelt werde, weil bei einzelnen Eisenbahnen groke technische Crötlerungen nicht mehr statfinden werden, wie z. B. ob zwei getrennte Linien durch ein Mittelstück zu verbinden seien, damit für das ganze Land eine Bahn in den Händen des Staates ist. Ebenso die zweite Frage, ob eine Bahn strategisch notwendig sei, nicht aber im Verkehrsintere, und weiter, ob der Bau der strategischen Bahnen Preußen allein oder dem Reich obliege. Solche Fragen kann das Plenum so gut entscheiden, wie die Commission. Überzeugt sich dann das Haus bei einem einzelnen Punkte von der Notwendigkeit einer technischen Unterforschung, so ist der Gesammtwillen des Hauses der zu mählenden Commission schon bekannt, das ganze Gesetz braucht nicht zu schlummern, bis die Commission über Einzelheiten schlüssig geworden ist.

Denn ich nehme an, daß Sie das Gesetz doch der ber.its eingesetzten Commission für die Eisenbahn-Commissionate überweisen werden, möglicher nicht durch die doppelte Verhandlung die Vorberathung hingezogen seien, denn man darf das Land nicht glauben lassen, daß eine so wichtige Vorlage durch formale Verzögerungen hingegehalten werde. Es ist auch nicht gut, wenn die Vorlage 4 Wochen in der Commission läge und wir sie erst gegen Ende der Session bereitstellen. Darum nochmals, behalten Sie die Vorlage in Händen und geben der Commission nur den Anteil arbeitsamer Menschen an den rein technischen Dingen. Nur aber muß ich nochmals erklären, daß ich es dem Hause und dem Herrn Handelsminister schuldig bin, anzudenken, daß im Lande nicht diejenige Befriedigung über die Eisenbahn-Verwaltung stattfindet, welche man nach den heiteren Verhandlungen hier annehmen sollte, und Sie wissen, ich habe, so lange ich im Parlamente bin, geschwiegen zu den Eisenbahnvorlagen. Ich gestehe auch, daß es unmöglich ist, in die Mysterien des Eisenbahnwesens einzudringen, für den außerhalb derselben steht; ich selbst habe es viel versucht, und fast jeder antwortet, er sei auch unzufrieden; bat ich aber, die allgemeinen Interaktionen in Thatsachen aufzulösen, so erhielt ich entweder gar keine oder eine ausweichende Antwort. Die am besten einzugehende sind, haben das größte Interess daran, das Geheimnis unter sich zu behalten. Nun glaube ich aber doch einige Thatsachen hier mittheilen zu müssen, weil ich die Verantwortung des Ministers für dieselben nur auf diese Weise und an dieser Stelle herüberführen kann. Mit seiner persönlichen Redlichkeit habe ich es dabei nicht zu thun, ebenfalls kann ich einen seiner Räthe herausgreifen und auf ihn die Sachen schreiben, sondern der Minister allein ist verantwortlich und er soll das, was mir mitgetheilt ist, widerlegen oder bestätigen. Ich will also in großen Grundzügen nur das Eine sagen: Es wird dem Handelsminister vorgeworfen, daß es die Concessionen nach Gunst und Ungunst verteilt.

Ich will damit noch nicht sagen, welches die Gründe dieser Gunst oder Ungunst sein mögen. Es sind mir nirgends diese Gründe angegeben worden und ich habe, da ich kein Criminalrichter bin, keinerlei Veranlassung, über die Motive der Menschen zu entscheiden. Aber, meine Herren, es wechselt diese Gunst und Ungunst; es wechselt auch die Systeme. Es ist mir glaubhaft versichert worden, daß diejenige Calamität, die der Handelsminister als solche bezeichnet hat von ihm selbst geschöpft ist. (Hört!) die Calamität unter dem Namen Strausberg, die Blüthe des Herrn Strausberg (Hört! hört!) und daß dieser Mann zu einer gewissen Macht hat in Preußen kommen können und leider auch in den heiteren Verhandlungen hier annehmen sollte, und Sie wissen, ich habe, so lange ich im Parlamente bin, geschwiegen zu den Eisenbahnvorlagen. Ich gestehe auch, daß es unmöglich ist, in die Mysterien des Eisenbahnwesens einzudringen: Als Strausberg noch ein kleiner Mann war und das Bedürfnis hatte, auf Haupt- und Nebenwegen seine Vortheile zu suchen, da hat er seine erste Stütze und Unterstützung im Handelsministerium bekommen (Hört!). Es ist bekannt, daß Herr Strausberg sich gerühmt hat, Wege genug offen zu haben, um zu seinen Wünschen zu kommen. Ich will das im Einzelnen nicht untersuchen, aber es ist mir von glaubwürdigen Zeugen mitgetheilt worden, von Zeugen, gegen deren Glaubwürdigkeit auch der Handelsminister nichts auszusetzen haben wird, daß er, der Herr Handelsminister persönlich, die Unternehmungen des Herrn Strausberg als ein sehr nachahmenswerthes Beispiel angepriesen hat (Hört! hört!), daß er den Herrn Strausberg mit der ganzen Art seines Baues und seiner Handlungswise wie einen in Preußen aufgehoben Stern — vielleicht nicht so dichterisch; aber der Thatsache nach — bezeichnet hat, daß er an den Herrn Strausberg die Concessionen zu den besten Bahnen abgegeben hat, die nur deshalb minder einträglich gewesen sind, weil Herr Strausberg nach seiner ganzen Art und Weise zu bauen, Nebenkosten verursacht und dadurch an sich sehr rentable Bahnen zu unlohnenden gemacht hat.

Ich brauche nicht an die Görlitzer Bahn zu erinnern, die an sich sehr fruchtbringend war. Kurz und gut, Strausberg hat die Gelegenheit wahrgenommen und Unternehmungen gebaut, und Jahre lang hat ihn das Handelsministerium unterstützt zu einer Zeit, wo die Preußische Bahn Herrn Strausberg für so wenig wohltätig wirkend gehalten hat, daß sie vor einer Geschäftsbündigung mit ihm gewarnt hat (Hört! hört! Unruhe). Als Strausberg noch ein kleiner Mann war und das Bedürfnis hatte, auf Haupt- und Nebenwegen seine Vortheile zu suchen, da hat er seine erste Stütze und Unterstützung im Handelsministerium bekommen (Hört!). Es ist bekannt, daß Herr Strausberg sich gerühmt hat, Wege genug offen zu haben, um zu seinen Wünschen zu kommen. Ich will das im Einzelnen nicht untersuchen, aber es ist mir von glaubwürdigen Zeugen mitgetheilt worden, von Zeugen, gegen deren Glaubwürdigkeit auch der Handelsminister nichts auszusetzen haben wird, daß er, der Herr Handelsminister persönlich, die Unternehmungen des Herrn Strausberg als ein sehr nachahmenswerthes Beispiel angepriesen hat (Hört! hört!), daß er den Herrn Strausberg mit der ganzen Art seines Baues und seiner Handlungswise wie einen in Preußen aufgehoben Stern — vielleicht nicht so dichterisch; aber der Thatsache nach — bezeichnet hat, daß er an den Herrn Strausberg die Concessionen zu den besten Bahnen abgegeben hat, die nur deshalb minder einträglich gewesen sind, weil Herr Strausberg nach seiner ganzen Art und Weise zu bauen, Nebenkosten verursacht und dadurch an sich sehr rentable Bahnen zu unlohnenden gemacht hat.

Ich brauche nicht an die Görlitzer Bahn zu erinnern, die an sich sehr fruchtbringend war. Kurz und gut, Strausberg hat die Gelegenheit wahrgenommen und Unternehmungen gebaut, und Jahre lang hat ihn das Handelsministerium unterstützt zu einer Zeit, wo die Preußische Bahn Herrn Strausberg für so wenig wohltätig wirkend gehalten hat, daß sie vor einer Geschäftsbündigung mit ihm gewarnt hat (Hört! hört! Unruhe), als sie ihm fünfzig Jahre geboten hat. (Hört! hört! Unruhe.) Als Strausberg noch ein kleiner Mann war und das Bedürfnis hatte, auf Haupt- und Nebenwegen seine Vortheile zu suchen, da hat er seine erste Stütze und Unterstützung im Handelsministerium bekommen (Hört!). Es ist bekannt, daß Herr Strausberg sich gerühmt hat, Wege genug offen zu haben, um zu seinen Wünschen zu kommen. Ich will das im Einzelnen nicht untersuchen, aber es ist mir von glaubwürdigen Zeugen mitgetheilt worden, von Zeugen, gegen deren Glaubwürdigkeit auch der Handelsminister nichts auszusetzen haben wird, daß er, der Herr Handelsminister persönlich, die Unternehmungen des Herrn Strausberg als ein sehr nachahmenswerthes Beispiel angepriesen hat (Hört! hört!), daß er den Herrn Strausberg mit der ganzen Art seines Baues und seiner Handlungswise wie einen in Preußen aufgehoben Stern — vielleicht nicht so dichterisch; aber der Thatsache nach — bezeichnet hat, daß er an den Herrn Strausberg die Concessionen zu den besten Bahnen abgegeben hat, die nur deshalb minder einträglich gewesen sind, weil Herr Strausberg nach seiner ganzen Art und Weise zu bauen, Nebenkosten verursacht und dadurch an sich sehr rentable Bahnen zu unlohnenden gemacht hat.

Abg. Lasker: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich auf den Standpunkt der Vorredner der Regierung gegenüber stelle und ihr gegenüber einen Handel anbiete: Wann eine andere Bahn oder andere Bahnen gebaut werden würden, so würde ich der Vorlage zustimmen. Im Ganzen genommen bin ich der Meinung, daß das System, wie es im Großen und Ganzen in seinen leitenden Grundsätzen aufgestellt werde, ein durchaus richtiges ist, die Bahnen zum Theil durch den Staat, zum Theil durch Privatleute zu bauen, je nach der augenblicklichen Sachlage. Für die Zukunft werden Sie ebenso geneigt, denselben abzuheben, wie den berechtigten Klagen aller anderen Klassen der Bevölkerung. Ich glaube aber, daß die landwirtschaftliche Interessenvertretung in diesem Hause, indem sie den Klassenkampf in unrechtfertiger Weise schützt, gerade den Interessen des Großgrundbesitzes den schwersten Schaden zufügt. (Zustimmung links)

Mittwoch, den 15. Januar 1873.

Eisenbahnwesens und dessen nicht werden entschlagen können, den Verkehr auf den Bahnen gerade so an den Staat zu bringen, wie jetzt den Postverkehr. Die großen Communicationsmittel dürfen nicht in den Händen einzelner Menschen sein, wir dürfen nicht zurückfallen zu den Schlagbäumen und Wegelagerern des Mittelalters. Es ist unmöglich, daß wir dasjenige Mittel, welches für mich, außer der Bildung des Einzelnen, der Kernpunkt der Civilisation ist, ich meine die Bewegung der Menschen von einem Orte zum andern, sei es durch Gesetz, sei es tatsächlich, dem Monopol einer einzelnen Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen. In der That ist ja der Bahnbau ohne große Opfer des Staates und ohne Opfer der Einzelnen unmöglich; keine einzelne Gesellschaft könnte ohne Expropriation und andere Schutzmittel des Staates eine Bahn bauen. Daher hat das ursprüngliche Eisenbahngesetz, wie zuweilen die guten Gedanken gerade zuerst in den Köpfen der Menschen Platz greifen, bestimmt, daß die Bahnen nach bestimmter Zeit an den Staat fallen sollen. Ich wünsche, wir wären bei dem Gedanken geblieben und hätten nicht aus Finanzgründen ein anderes Gesetz ausgeschafft. Ich habe bedauert, daß ein Gedanke Herrn v. Heydis nicht ausgeschafft ist, eine Summe Geld zu sammeln, um nach und nach in Besitz der Bahnen zu kommen. Indes eine Beilage habe ich es mir gefallen lassen, die Bahnen an Private übergeben zu sehen. Der Mensch steht innerhalb der Geschichte, und wenn ich weiß, daß ich meinen Gedanken dadurch einen guten Zustand bereite, lasse ich mir gern die Blackereien selbst der Anhalter Bahn gefallen. (Heiterkeit.)

Nur muß es einmal ein Ende haben; die Richtung unserer Zeit geht dahin, die Straßen müssen dem Staat oder den Communalen gehören. Und wenn ich von diesem Gesichtspunkt ausgehe, finde ich ganz natürlich, daß der Staat sagt: in der ersten Zeit bau ich allein, wo ich selbst bauen kann und wo es im Staatsinteresse liegt; wo das nicht der Fall ist, ist mir der willkommen, der die Straßen baut. Aber der Privat

Ministerium mit Eisenbahnbauten zu thun? Man erzählt und ich habe die Sicherheit bekommen, daß der Geheime Rath Wagener für seine erste Concession eine Geldabfindung bekommen haben soll von denjenigen, welche die Bahn wirklich gebaut haben. Ich weiß nicht, ob er auch für die andern in Zukunft Geld bekommen wird.

Ich sage nur: Entweder bekommt er Geld dafür und dann treibt er Handelsgeschäfte mit Concessions unter der Regie des Handelsministeriums, und es ist sehr wunderbar, daß ein sehr einflussreicher Rath aus dem einen Ministerium in das andere hineinpasst und sich dort Concessions geben läßt, oder hr. Wagener betreibt kein Geldgeschäft, und wenn er kein Geld dafür bekommt, dann weiß er sich doch dadurch Protection zu verschaffen. Ist das eine Art und Weise, in der ein Ministerium, welches frei sein will von übler Nachrede, verfaßt. Mir scheint es einfach, wenn ein solcher Herr um Concessions einkommt, daß ihm von vornherein gesagt wird, das sei nicht die schlichte Art, in der preußische Staatsbeamte Geschäfte machen dürfen. Es würde zuletzt noch so weit kommen, daß sich ein Minister von dem andern Concessions geben läßt, (Heiterkeit) und da müßte doch wohl eine üble Nachrede herauskommen. Ich weiß es auch von anderen, es sind jetzt meistens hohe Edelleute, die aus Gunst die Concessions von den Ministerien bekommen; ich weiß nicht, ob sie die Concessions direkt oder indirekt bekommen, aber sie treiben Geschäfte damit, der Eine ist der Fürst Puffus (hört! hört! links), und der Andere Prinz Birken von Kurland. Nun, m. h., ist dies die Art und Weise, in der man wiederum sich etwa schlägt, wenn man eine so bedeutungsvolle Regierungsgewalt in Händen hat, daß man sich ein Paar hohe Edelleute ganz besonders heranzieht, nachdem man sich davon überzeugt hat, daß gar nicht die Herren diese Bahnen bauen, sondern Comite's. Ich kann mich aus diesen Irrgängen gar nicht herausfinden, wie die Comite's gemacht werden, und wie Bankiers angezogen werden, und da erhält der Eine 100,000 Thlr., der Andere 50,000 Thlr. Ich kenne alle diese Bischätzige nicht, ich kann ihnen nicht nachfolgen, aber so viel weiß ich gewiß, daß mit den Concessions Handel getrieben wird.

Es ist ferner bekannt, und man könnte auf die Personen mit Fingern deuten, die im Handelsministerium aus- und eingehen und sich dort lebhafter Protection erfreuen, und dagegen erhebt sich die schwere Klage, daß, wenn von Communen und von solchen, die wirklich glaubwürdige Interessen vertreten, von Provinzen u. s. w. Concessions nachgefragt werden, es dann ein Geschäftsgang ohne Ende ist. (Sehr wahr!). Es ist mir die Mittelteilung gemacht worden, daß dann die Regierung die Leute 6—8 Jahre lang hindert, ohne auch nur irgend eine definitive Entscheidung zu geben; bald ist das Interesse nicht gesichert; bald soll die Anlage nicht sehr rentieren sein. Ich habe hier mehrere solche Beispiele — der Herr Handelsminister wird sie gewiß kennen. Man sagt, der Herr Minister sei gegenwärtig in einem Stadium, besondere Gunst den großen Bahnen zu gewähren. Nun sollte man meinen, es würde wenigstens der Grundsatz ganz allgemein festgehalten, daß da, wo eine rentierende Bahn nicht in Aussicht sei, die Concessions nicht ertheilt würde; es wäre das wenigstens eine Art Finanzwirtschaft, daß nicht viele geringwertige Papiere auf den Markt geworfen werden und deshalb sei es besser, derartige Concessions zurückzuweisen. Wenn man aber wirklich die Idee hat, es müssen alle Bahnen in Zukunft vom Staat übernommen werden, es sei gut, daß alle Bahnen gebaut würden, die nur gebaut werden können, so glaube ich, ist der Grundsatz richtig, daß man zu erwägen hat, ob auch die Actien nicht zu wenig werth seien. Aber dieser Grundsatz wird nicht einmal festgehalten, indem einer Anzahl von Bahnen neue Concessions gegeben werden, obchon während des Baues bei einigen Prioritäts-Stammactien haben aufgenommen werden müssen und die Stammactien schon während des Baues haben zurücktreten müssen als wenig werth; wo bleibt da die Prüfung im Handelsministerium? Wenn es sich einmal das Recht der Prüfung beilegt, ob denn die Bahn rentieren sei oder nicht, so muß wenigstens Jemand dafür verantwortlich sein.

Ich sage ja nicht, daß es Ungeschicklichkeit ist oder böser Wille, aber irgend Jemand muß doch verantwortlich sein, daß diese Prüfung gleichmäßig veranstaltet werde. Und ist es hierbei ein Wunder, wenn diejenigen, welche sich jahrelang herumquälen mit dem besten Willen, weil sie Vertreter von Communen sind, die Concessions nicht erhalten können, andere aber sie mit Leichtigkeit erhalten, wenn Unzufriedenheit sich geltend macht und über das ganze Land verbreitet? Ich muß Ihnen sagen, daß im Handelsministerium in Beziehung auf das Concessionswesen nicht mit der Vorstufe und Umstufe vorgegangen wird, welche durchaus nöthig ist, damit die Staatsverwaltung über jeden Verdacht erhaben ist. Wir haben vergangenes Jahr hier verhandelt über eine Bahn, für welche eine Subvention an eine große Bahn gegeben werden sollte — ich glaube, es war die Magdeburg-Halberstädter — und es sollten für diese Bahn 500,000 Thlr. gegeben werden. Während der Verhandlungen im Herrenhaus wurde plötzlich glaubhaft nachgewiesen, daß eine andere Bahn bereit sei, ohne diese große Subvention, ich glaube mit 250,000 Thlr. zu bauen. Der Herr Handelsminister hatte Ansangs, wie es schien, gar keine Kenntniß davon. Es hies damals, es müsse diese Bahn in aller Schnelligkeit bewilligt werden, sie sei vom höchsten Interesse für den Bergbau im Harz; aber zu unserem Erstaunen hatte der Herr Minister im Herrenhaus gegen den Aufschub der Sache nicht einmal Widerstand geleistet, und dieselbe früher concessionierte Bahn hat nun den Bau ohne jede Subvention übernommen. Solch ein einzelner Fall verstärkt sicher nicht im Lande die Meinung von der Umsicht und Unparteilichkeit.

Sehe ich nun von allen andern Klagen ab, deren es viele gibt, daß nicht genügende Aufsicht über den Betrieb geübt werde, daß besonders die Zustände bei der Anhaltischen Bahn die Auferksamkeit der Regierung hattent erregen müssen u. s. w., so muß ich doch bleiben: indem ich es billige, daß der Staat auf jede Weise den Bahndbau fördert und als letztes Endziel fordert, daß der Staat einmal sämmtliche Bahnen besitzt, scheint es mir die beste Politik, nicht bloß den Unternehmern gegenüber zu treten, sondern gleichmäßig solchen Unternehmern, welche nachweisen, daß sie reelle Absichten auf den Bau einer Eisenbahn haben, die Möglichkeit hierzu zu geben, denn die Eisenbahnen sind ja an sich etwas Gutes und die Frage, wie der einzelne Zeichner sich dabei stehe, ob es besser sei, ihn auf nebelhaftes Projecte, die anderweitig ohne Concession des Staates vorgenommen werden, zu verweisen, scheint mir sehr zweifelhaft. Weit besser ist es, daß man sie zuläßt, vor allem aber — dies ist, was ich aufrichtig und ganz vorzüglich in erster Linie dem Handelsministerium zum Vorwurfe mache, eine so bedeutende Macht, wie sie in seine Hände gelegt ist, Concessions für Eisenbahnbauten zu ertheilen, dadurch den Wohlstand ganzer Gegenden entweder zu erschließen oder unerschlossen zu lassen, dadurch Einzelnen Vortheile zu zugewenden — dies muß anders gehandhabt werden, als es gegenwärtig geschieht, es darf nicht nach Gunst oder Ungunst, nicht nach Systemwechsel verfahren werden, nicht ein unsolider Befürworter einzelner Mann in die Höhe gezogen werden, damit er später bei Seite geworfen werde, nicht dann wieder die Vorliebe zu großen Bahnen in den Vordergrund gestellt werden, im Gegensatz zu den Bahnen, welche Commune oder einzelne Localinteressen vornehmen wollen, es darf vor Allem nicht die Concession an einzelne Personen ertheilt werden, von denen man sagt, entweder die Stellung ihres Amtes oder ihre sonstige gesellschaftliche Stellung, Gunst oder Ungunst entscheide darüber.

Dies schädigt nicht bloß die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch das Ansehen des Staates. Ein Fall, wie ich ihn eben erwähnt habe, gleichviel, welcher Gewinn dabei sitzen geblieben sein mag, daß ein Ministerium auf den Rath des andern Ministeriums Concessions ertheilt, scheint mir in einem Staate wie Preußen durchaus nicht zu dulden zu sein; hierin muß Wandel geschafft werden. Deshalb habe ich neulich schon die Frage angezeigt und heute näher begründet. Ich hoffe, daß endlich, nachdem einmal mit Ernst die Verwaltung des Handels-Ministeriums in Angriff genommen worden ist, nun auch aus dem Lande die Beschwerden an uns gelangen, wie sie eigentlich sollen, damit wir freit werden von der Meinung, es werde in einem so wichtigen Ministerium nicht im Interesse der Sache, nicht nach festen Prinzipien, sondern nach wechselseitiger Laune und nach Gunst oder Ungunst entschieden. (Lebhafter Beifall.)

Handelsminister Graf Jenaply: Auf den Vorwurf, ich hätte Herrn Strousberg und seine Unternehmungen besonders begünstigt, erwidere ich: die Billigung der ostpreußischen Südbahn gehabt zu einer Zeit, wo Sie mir dieselbe doch nicht bewilligt hätten. Ich habe mich zur Billigung der Concession herbeigeflossen, als ich die Schaden noch nicht kannte, wie sie sich später herausstellten. So wie ich die Schaden kenne, verfolge ich sie auch. Ich wäre froh, wenn Sie mir das ganze Concessionswesen abnahmen, und zwar lieber heute als morgen. Gerade die Herren, von deren Beginnstellung durch mich Herr Lasker redete, beklagen sich über mich. Er hat gewisse Namen genannt; aber nicht diese sind es allein, sondern es ist immer ein Comite, wo ein solcher Name drin ist (Rufe: ah! sehr richtig!), und ich verhandle nicht mit dem Namen, mit Herrn N. N. u. s. w., sondern mit dem Comite, und gerade die vom Vorredner genannten Herren haben sich wiederholt auf's bitterste gegen mich verrednet. Einem hat mir sogar gesagt, er protestiere; da habe ich ihm gesagt, er möge mir mal gefälligst das Geleis nachweisen, was ihm dazu das Recht giebt.

Ich bewege mich bei den Concessions immer zwischen zwei Punkten. Ein Comite tritt auf und sagt: wir wollen die Bahn bauen, und da muß ich zugeben, es wird dabei oft mit dem schärflichsten Leichtsinn verfahren. (Hört! hört! links). Man nimmt die Karte, zieht mit dem Lineal eine Linie

und sagt: das ist eine wunderbare Linie, die müssen wir bauen, geht uns die Erlaubnis. Sie kriegen aber keineswegs immer die Erlaubnis (Unruhe und Lachen), sondern ich gebe sie nur, wo ich allenfalls kann, daß die Sache ordentlich zu Stande kommen wird. Ist das nicht der Fall, dann muß ich mich dagegen erklären. Nun, meine Herren, ich rede so offen, wie sie geredet haben. (Rufe: nein!) Es ist ja klar, daß, wenn die Herren jetzt mit Bauten kommen, die nicht aus dem augenblicklichen Bedürfnis hervorgehen, wenigstens nicht aus einem dringenden, sondern nur weil sie nützlich sind, und uns nur eine Linie vorstellen und so viele Millionen von uns verlangen, sie immer die Neigung haben, recht viel zu fordern, manchmal recht viel mehr, als sie brauchen. Die Bahn ist aber nützlich, das kann ich nicht leugnen, wollte ich den Bau nun hindern, dann schreit das Land, ich wäre kein Förderer der Eisenbahnen, sondern ein Hindernis dafür. (Unruhe und Gelächter). Die Sache ist nützlich, also habe ich keine Ursache, sie zu hindern. Also frage ich mich, wie viel hat er gebraucht, wie viel wird er gebrauchen? der Unternehmer nämlich. Das schreibe ich ihm dann in runder Summe hin, nach bestem Wissen und Gewissen. Dann kommt die andere Seite wieder und sagt mir: Du bist ja ein abscheulicher Mensch (große Unruhe und Gelächter), warum schneides du uns so viel ab? Wie sollen wir damit fertig werden? Da sage ich nun wieder da, die Unternehmer wollen gewinnen, und ich will nicht so viel bewilligen. Zwischen diesen beiden Punkten bewege ich mich.

Wir nun aber gesagt, ich verfaßte persönlich nach Gunst und Ungunst, so erwidere ich erstens, das habe ich zu verantworten (Rufe links ja wohl!) und zweitens, das leugne ich rundweg ab. Dean gerade die Herren die Sie mir genannt haben, klagen gegen mich (Unruhe, Rufe: schöne Begründung!). Mein Prinzip ist, keine Bahn zu hindern, wenn ich einigermaßen hoffen kann, daß sie zu Stande kommt, ob das Michel oder Hinz oder Kunz ist, das ist mir ganz gleich. Wenn nun Abg. Lasker sagt, es sei Unzufriedenheit im Lande, so erwiedere ich: ja, das ist die Unzufriedenheit von denen, denen ich Millionen gestrichen habe (Rufe links: o nein!), aber so viel kann ich versichern, daß ich eine Gunst dabei für Niemand habe, sondern wenn einer kommt und macht eine Bahn solide, so kann ich das nicht hindern. Es sind allerdings Beispiele vorgekommen, daß Leute gleich damit haben anfangen wollen, die Hälfte in Actien und die Hälfte in Obligationen auszugeben, das habe ich aber abgewehrt. Also ich würde die Bahnen zu Stande zu bringen, wo es einigermaßen mit Solidität möglich ist, aber ich muß mit vorbehalten, mag nun dieser oder jener sie bauen, die vorherigen Mittel anzuwenden, um den Schwund zu verhindern. Damit verlasse ich diesen Gegenstand. Was den ersten Theil der Rede des Herrn Lasker betrifft, so halte ich das, was er empfohlen hat, für das Richtige, was ich auch gern befördere. Wir waren ja auch schon nahe daran, wir hatten schon ein Gesetz, daß die Eisenbahnsteuer lediglich zum Ankauf von Actien verwandt werden sollte, ich würde gern auf diesen Weg zurückkommen.

Der Vorredner sprach davon, ich hätte den Communen und Provinzen Schwierigkeiten gemacht. Mir ist wohl bewußt, daß ich den Unternehmern Schwierigkeiten bereitet habe, aber den Provinzen und Communen nicht. Es ist dann ferner geklagt worden, der Westen werde auf Kosten des Ostens im Eisenbahnbau begünstigt. Das ist im höchsten Grade ungerecht. Betrachten Sie doch die Eisenbahnstrecke von vor 10 Jahren; da waren im Osten ungeheure, jetzt ausfüllte Lücken, ich erinnere nur an die Ostbahn, an die Thorn-Jüterboger, die auf Staatskosten erbaut sind, die hinter-pommersche, die mit Staatsgarantie gebaut wurde. Ich befördere gerade mit Vorliebe die östlichen Provinzen, weil ich überzeugt bin, daß diese in früheren Jahrzehnten vernachlässigt wurden; aber deshalb kann ich nicht grobe, im Westen nötige Bahnen, wie sie im Osten zum Theil schon existieren, vernachlässigen, das wäre eine unstaatsmännische Regel, deren ich mich nicht schuldig machen möchte. Ich glaube, daß es gar nicht darauf ankommt, ob die Bahn im Osten und Westen liegt, sondern darauf, ob sie nothwendig oder nützlich ist. Würden Sie fragen: Bist du denn nun befriedigt? so würde ich sagen: Nein, ich bin es nicht. Alle Eisenbahnen sind mehr oder weniger eine Sache der Zeit, die nötigsten kommen zuerst, dann die andern. Wir haben noch lange nicht genug und ich hoffe, wir werden noch recht viel dazu bekommen.

Ich will nun speziell auf die Vorlage kommen. Es ist gesagt worden, daß die große Bahn von Berlin bis an die westliche Grenze des Staates ihre Wichtigkeit hauptsächlich im militärischen Interesse habe. Das ist nicht richtig. Sie hat wohl eine große militärische Wichtigkeit, aber nicht davon auszugehen. Diese Bahn ist von der allergrößten Bedeutung, um die östlichen Staatsbahnen mit den westlichen zu verbinden, wodurch dann die Staatsregierung gewissermaßen ein Regulator in die Sache bringen kann. Wenn nun hier gesagt worden ist: Berichterstattung Du die Bahn nach Neurude und Glaz, dann stimme ich für Dich, — m. h., ich kann mir nicht helfen; ich bin nicht gegen diese Bahn, aber wenn ich sie bauen werde, das kann ich heute nicht sagen. Das ich wünsche, sie werde gebaut, das ist richtig. Die Sachlage aber, daß das der zweite Trakt der Gebirgsbahn wäre, das kann ich nach keiner Seite hin verantworten. Die Bahn hat auch nur für einen kleinen Landstrich Werth, nicht für den allgemeinen Verkehr. — Der Abg. Glaser sagte, ich hätte bei Kyritz die Concession verweigert; das ist nicht richtig. Es wird noch darüber verhandelt, und übrigens ist das keine Commune, sondern es sind Unternehmer. Wenn die Bedingungen so sind, daß ich sie verantworten kann, so werde ich sie genehmigen; wo nicht, nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Rauchaupt (für die Vorlage): Die Vorlage beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Bau von Bahnstrecken, welche das Publikum von der Willkür der Privatgesellschaften befreien sollen, die bisher viele Linien ausschließlich ausgebaut haben; daneben kommen noch einige Strecken in Betracht, wo der Staat durch den Bau einer neuen Linie sich selbst Concurrenz macht. Ich werfe keinen Stein auf den Handelsminister, dessen Schulz die große Ausdehnung der Privatbahnen nicht ist. Leider hat 1842 ein Beschluss des ständlichen Ausschusses das gemischte System eingeführt, dem wir so viele bittere Erfahrungen zu verdanken haben. Die Baukosten der Privatbahnen haben bisher 540 Millionen Thaler betragen, welche wiederum 29 Millionen für Zinsen und 5 Millionen für Reservefonds und Meliorationen verschlungen haben, also ein Capital, welches um 7 Millionen den Betrag des landesüblichen Zinsfußes übersteigt. Wenn diese Bahnen endlich an den Staat übergehen werden, so werden sie uns eine Mehrausgabe von 170 Millionen verursachen, und damit die entsprechende Minderung des Staatsvermögens, des Nationalwohlstandes herbeigeführt haben. Die Unzuträglichkeit der Macht des in den Privatbahnen konzentrierten Capitals muß in das Staatsbahnsystem hinübersteuern. England ist jetzt dahin gekommen, und auch in Frankreich sieht man unter dem Druck der segoen Privatbahnen. Dagegen war Belgien so glücklich ein vollendetes Staatsbahnsystem herzustellen.

Die Principienlosigkeit unseres bisherigen Verfahrens macht es allein verständlich, daß Bahnlinien in bedeutenden Städten Deutschlands ausmünden, die in gar keinem Zusammenhange stehen, daß der Concurrienbau auf gewissen Strecken in der unjüngsten Weise betrieben wird. Jetzt soll der Bau der Linie Berlin-Wetzlar der Rivalität der Anhaltischen und Potsdam-Magdeburger Bahn ein Ende machen, welche sich so lange und mit Hilfe von Strohmännern um die Concession bewarben. Sprache ich als Bewohner der Provinz Sachsen nicht pro domo, so würde ich beantragen, die Anhaltische Bahn zu expropriieren, oder sie öffentlich zu versteigern. Sie hat ihre Concession schon lange verwickelt. (Sehr wahr!) Sämtliche Städte, die an ihr liegen, sind sämmtlich landwirtschaftlich Vereine haben in einer Petition diejenigen Wunsch ausgesprochen. Mit Recht hat der Kaiser von Österreich fast sämmtliche Beamte der Anhalter Bahn decortirt, denn nach dem Unglück von Königgrätz, wobei 60 pommerische Grenadiere umkamen, konnte er Gott danken, daß er gesund in Berlin angelangt waren. Zweifelhaft ist mir nur, wie sich die Anhalter mit der Potsdamer Bahn dabei aus-einandergezogen, auf deren Bahnhof doch der Kaiser ausgestiegen, ohne die elende Bretterbude der Anhalter zu Gesicht zu bekommen. Ich freue mich auch, daß mit dem Bau der Berlin-Wetzlar Bahn ein Keil gelöschert wird in das Netz, welches die Potsdam-Magdeburger und die Bergisch-Märkische Bahn mit dem Ankauf der Braunschweigischen Bahnen über den westlichen Theil der Monarchie gezogen haben.

Die Linie Hanau-Friedberg acceptire ich ebenfalls in der Erwartung, daß sie durch den Bau der Strecke Deutz-Gießen ergänzt werden wird, ohne den sie keinen Sinn hat. Mit dem Bau der Strecken Wetter-Vortmund und Gießen-Nörtheim verläuft die Staatsregierung einen verzweifelten Coup gegen die Bergisch-Märkische Bahn. Ich will auch diesen Verlust unterstützen. Anders liegt die Sache bei der Linie von Hanau nach Hannover. Hier ist die Regierung in der eigenhümlichen Lage, sich selber eine Concurrienbahn zu bauen, welche um 5 Meilen kürzer ist, als die bisherige Verbindungsstrecke. Sie ist hierzu gezwungen, sagt sie, durch das Andringen von Privatgesellschaften, denen sie sonst den Bau dieser Strecke abgeschlagen keine Veranlassung hatte. Ich habe sie hier einige Bedenken. Vielleicht schafft sich hier Abhilfe schaffen, wenn man den Tarif der Personen- und Gepäckbeförderung statt für 22 Meilen für 17 Meilen feststellt, und um der Zeitersparnis der Passagiere gerecht zu werden, einen Schnellzug einzurichten. Man würde so die 12 Millionen sparen, die der Bau der Strecke kostet. Ich wünsche, wie der Abg. Lasker, die zweite Berauhung hier im Plenum vorgenommen zu sehen; denn die Gesichtspunkte, welche in Betracht kommen,

sind so verschiedenartige, daß sie in der Zusammensetzung einer Commission doch nicht den richtigen Ausdruck finden werden. (Beifall.)

Abg. Reichenasper (Koblenz): Ich muß leider gestehen, daß jene Bilder, welche Herr Lasker als Hierophant im Concessionswesen und halb verschleiert vorgeführt hat, durch den Handelsminister nicht ganz entschleiert worden, obgleich er erklärt, diese Interpellation sei ihm sehr angenehm gewesen. Ich sehe nicht klarer als zuvor. Ich bin durchaus dagegen, dem Staate ausschließlich das Eisenbahnen zuzuwiesen, denn ich will die staatliche Omnipotenz und Centralisation nicht noch weiter als bisher ausdehnen. Um die strategischen Rücksichten, welche den Bau einiger der projizierten Strecken motivieren sollen, genügend zu würdigen bin ich nicht Strategie genug. Dies aber gerade veranlaßt mich, mich für eine eingehende Commissionsberatung auszusprechen, in welcher solche Gesichtspunkte stets besser beurtheilt zu werden pflegen. Ich huldige dem gemischten System mit freier Concurrenz, vertritt durch den Staat; sollte man nicht die Missbräuche, welche hier gegeißelt werden, durch gesetzliche Maßregeln, durch Generalversammlungen der Actionäre, welche nicht blos Comödien sind, durch Verantwortlichkeit der Verwaltungsräthe herbeiführen können? Soll der allein zum Bahnbau berechtigte Staat etwa Dienstboten belohnen und andere bestrafen, die schlecht gewählt haben? Soll die „Staatsfeindlichkeit“ einer Gegend ein Grund werden, ihr die erforderlichen Verkehrsmitte zu entziehen? Ich sehe hier ganz von der colossaln Vermehrung des uniformierten Beamtenheeres ab, welches mit dem Übergange des gesammten Bahnwesens an den Staat eintritt muss. Ich betone nur, daß jetzt wieder 120 Millionen Thaler dem Grundbesitz entzogen und der großen Industrie zugewendet werden sollen. Die Strecke Berlin-Wetzlar ist eine reine Kurusbahn: ich schwarzter Strich auf der Karte kann sich kaum zwischen den nachbarsten Strichen durchwinden. Weit wichtiger ist die Bahn durch das Weselthal, wie ich zugebe, aber auch diese soll aus strategischen Rücksichten so angelegt werden, daß sie die wichtigsten Städte Bonna und Xanten nicht berührt. Sollte ich hierin nicht vollständig unterrichtet sein, so hoffe ich doch nur von einer Commission genügend Auklärung.

Um 4 Uhr wird die Debatte nicht geflossen, sondern vertagt.

Personlich bemerkte Abg. Lasker gegen den Handelsminister, daß er nicht gesagt habe, Provinzen oder Communen seien Eisenbahn-Concessions verweigert worden, sondern Personen, welche sich im Interesse von Provinzen oder Communen um Concessions beworben hätten. — Der Handelsminister repliziert, daß alle Personen oder Comite's, welche Concessions nachsuchen, vorgeben, nur im Interesse der Provinzen bauen zu wollen.

Der Präsident will die Fortsetzung der Eisenbahndebatte an die Spalte der nächsten Tagesordnung stellen, aber Abg. Malinckrodt erinnert daran, daß der Mittwoch den Petitionen und Anträgen aus der Mitte des Hauses gewidmet ist und daß man daher die Eisenbahnvorlage entweder an den Schluss der nächsten oder an die Spalte der Tagesordnung für Donnerstag legen müsse. (Im letzten Falle müßten die kirchlichen Vorlagen um einen Tag zurückgestellt werden.) Gegen den Vorschlag des Präsidenten erhebt sich Einspruch, den Graf Bethuß-Huc damit abzufinden hofft, daß er zur Fortsetzung der Eisenbahndebatte eine Abendstunde beantragt; sein Antrag wird jedoch, wenn auch mit einer schwachen Majorität, abgelehnt, und die Eisenbahnvorlage wird an den Schluss der Tagesordnung der nächsten Sitzung (Mittwoch 11 Uhr) gesetzt, nachdem Petitionen, der Antrag Wagner wegen Errichtung einer Universität in Posen u. s. w. erledigt sind. (Schluß 4% Uhr.)

Berlin, 14. Januar. [Amtliches] Se. Majestät der König hat dem Staats-Minister v. Selchow die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und den Ober-Präsidenten Grafen v. Königsmarck in Posen zum Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannt. — Se. Majestät der König hat die Ministerial-Directoren v. Philippssborn und Krug v. Nidda zu Wirklichen Geheimen Räthen mit dem Präsidenten „Excellenz“; sowie den Geheimen Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Siener-Director v. Jordan in Magdeburg zum Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath ernannt.

Bei der Realschule in Altona ist der Lehrer Lüders zum Oberlehrer ernannt worden.

Berlin, 14. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen gestern um 11 Uhr militärische Meldungen entgegen, arbeiteten abends mit dem Groß-Cabinet und empfingen hierauf den Ober-Bürgermeister Hobrecht. Um 2 Uhr machten Allerhöchsteselben eine Ausfahrt.

Heute liegen Se. Majestät der Kaiser und König Sich nach Entgegnahme militärischer Meldungen vom Militär-Cabinet vorliegen. Um 5 Uhr dinierten Allerhöchsteselben mit Ihrer Majestät der

Die Nachricht des Pariser Journals „Soir“, daß Graf Andrassy bei Mitteilung der Antwort des Grafen Beust auf den Gramont'schen Brief Veranlassung genommen habe, sich in einem Schreiben an den österreichischen Botschafter in Paris, Grafen Apponyi, ebenfalls über die Vorgänge vor dem Ausbrüche des Krieges von 1870 zu äußern wird von der „Wiener Abendpost“ bestätigt. Graf Apponyi wurde die Ermächtigung ertheilt, das Schriftstück, das im Uebrigen rein privaten Charakters ist, dem Präsidenten Thiers mitzuteilen und ihm anheimzugeben, davon geeigneten Gebrauch zu machen.

Italien.

Rom, 9. Januar. [Volkssachen.] Denkmal! Der Plan, alle Volksbanken Italiens in eine große Centralbank zu verschmelzen, schreitet langsam vorwärts. Von 72 Anstalten dieser Gattung haben schon 34 mit Ja geantwortet, nur sechs mit Nein.

In Mailand beabsichtigt man ein Napoleon-Denkmal zu errichten, weil diese Stadt die erste gewesen, die durch französische Hülfe von Österreichs Herrschaft befreit worden. Die dortigen Zeitungen fordern zu Zeichnungen auf.

Frankreich.

* Paris, 12. Jan. [Die Hoffnungen der Bonapartisten] werden vom „Ordre“, wie folgt, ausgesprochen:

„Das Kaiserreich kann allein die Republik über den Haufen werfen, weil es zwei wesentliche Dinge besitzt: Institutionen und ein Personal. Bei Lebzeiten des Kaisers würden 24 Stunden hingereicht haben, um Alles wieder auf die Füße zu stellen: Staatsräthe, Präfekten, Unterpräfekten. Eine telegraphische Depesche genügte. Wohl nach dem Tode des Kaisers sind die Institutionen und das Personal ebenfalls bereit. Frankreich weiß es, und mit 17 Jahren steigt man zu Pferde, wenn man der Erbe Napoleons III. ist. Das dem Kaiserreich feindlich gesinnten Parteien haben nur ein Mittel, seine Rückkehr zu vermeiden, nämlich das, Frankreich vor den nahe bevorstehenden Gefahren zu reiten. Unter dieser Bedingung wird er im Exil bleiben. Kommt aber eine furchtbare sociale Krise, so werden die Bewölkerungen, welche gerettet sein wollen, sich instinctiv ein drittes Mal an die Institutionen und an die Dynastie wenden, welche die Sicherheit, die wahre Freiheit und das öffentliche Wohlergehen mit sich bringen.“

[Nach Chislehurst.] Die bonapartistischen Führer bieten Alles auf, damit die Zahl der Franzosen recht groß sei bei der Demonstration, die sie in Chislehurst für den Begräbnistag vorbereiten. Es ist ihnen nicht allein gelungen, eine Anzahl früherer Senatoren, Deputierte und Staatsräthe und einen Theil der ehemaligen Lieferanten des Kaisers zu bestimmen, sich nach Chislehurst zu begeben, sondern sie haben auch einen Zug mit verringerten Preisen eingerichtet, damit die weniger bemittelten Neugierigen die Zahl der Leidtragenden vermehren. Für den Begräbnistag selbst hat man hier 150.000 Immortellenkränze, welche nach Chislehurst als von den Verbrennen des Kaisers kommend, gesandt werden sollen, und 300.000 Bandesleisten anfertigen lassen, welche letztere an die Leidtragenden vertheilt werden sollen und die folgende Inschrift tragen: To our regretted Sovereign and Benefactor, His Majesty Napoleon III.

[Ein seltsamer Necrolog.] Der von dem bekannten Duportu redigirte „Emancipateur von Toulouse“ sagt:

„Ein Telegramm kündigt an, daß der Bandit vom December und von Sedan gestern gestorben ist. Die Moral ist gerächt; das öffentliche Gewissen fühlte sich erleichtert, als man erfuhr, daß das Ungeheuer, welches mit allen Schamlosigkeiten befleckt war, zu existiren aufgehört hat: die nationale Ehre erhebt wieder das Haupt bei dem einzigen Gedanken, daß die Ursache aller innern und äußern Schmach die Scham nicht mehr infiltron kann.“

Wie gut sind jene so kurzen und so kräftigen Worte zu lesen, welche uns das Ende des größten Verbrechers, welchen die Justiz geschnitten hat, ankündigen. Erwacht in euren Leichtsinnern, ihr vielgeliebten Todten, welche er auf die Galere gesandt hatte. Märtyrer von Cayenne und Lamassé erhebt euch, um mit uns das herbe Vergnügen zu genießen, dieses Grab zu beschimpfen.“

[Das linke Centrum.] Der „Soir“, der die Politik des linken Centrum vertreibt, äußert über die Streitigkeiten, die in dieser Fraction ausgebrochen sind: „Wir können die Versicherung ertheilen, daß keins der Mitglieder, welche gestern gegen Christophe stimmten, seine Entlassung gegeben hat oder geben wird. Wie man aus der unten stehenden Note ersieht wird, welche offiziell den Gedanken dixer zusammenfaßt, welche für Gaston Perier stimmten, so wollen die Differenzen die Republik und stützen sich eben so gut auf die Botschaft, wie die Wähler des Herrn Christophe. Der einzige Punkt, der sie trennt, ist, daß die Ersteren der famosen Rede des Herrn Ducaire die Ehre erweisen, ihr die Wichtigkeit eines politischen Programms beizulegen. Wir achten diese Meinung, aber wir glauben nicht, daß sie sich nur dann durch eine klare und bestimmte Politik fundieren kann, wenn die Wähler des Herrn Perier die Rede des Herrn Ducaire mit der Botschaft des Herrn Thiers in Übereinstimmung bringen können. Die Note, welche uns mitgetheilt wird, lautet:

In Folge der Abstimmung, welche gestern wegen der Wahl des Vorstandes des linken Centrums stattfand, wird sich eine Gruppe unter dem Titel „Réunion de la République Conservatrice“ bilden. Das Programm, welches in einer vorbereitenden Versammlung vorgetragen wurde, ist in folgenden Sätzen enthalten: „Der Verein besteht aus conservativen Republikanern, d. h. aus Männern, die überzeugt sind, daß die Republik keine die allein in Frankreich mögliche Regierung ist, welche jedoch entschieden conservativ sein muß. Die Versammlung hat die Absicht, außerhalb der extremen Parteien die Politik zu unterstützen, welche zugleich auf der Botschaft des Präsidenten der Republik und auf der in der Sitzung vom 14. December vom Siegelbewahrer im Namen der Regierung gehaltenen Rede basirt ist.“

Paris, 12. Januar. [Napoleon IV.] Die bonapartistischen Blätter werden von nun an besonders die Aufgabe erhalten, die Eigenschaften des kaiserlichen Prinzen in Scène zu setzen. Ueber ihn berichtet ein Telegramm des „Gaulois“:

Als der kaiserliche Prinz gestern Mittag von Woolwich in Chislehurst eintraf, sprang er mit den Worten aus dem Wagen: „Und mein Vater?“ Graf Davilliers ergriff seine Hände und sagte: „Monseigneur, haben Sie Ruth: es geht dem Kaiser sehr, sehr schlecht.“ In diesem Augenblicke gewahrt der Prinz den Pfarrer von Chislehurst; er erblachte und zitterte am ganzen Leibe, dann nahm er sich plötzlich zusammen und saate mit noch schwankender Stimme, aber mit festem Blicke: „Man sage mir die Wahrheit; ich bin stark genug, sie zu ertragen.“ Er erhielt nur Schluchzen zur Antwort; endlich kam die Kaiserin und schloß ihn mit den Worten in ihre Arme: „Louis, mein armes Kind, ich habe nur noch Dich auf der Welt!“ Keine Thräne zeigte sich in den Augen des Prinzen; ohne ein Wort herzvorzubringen, läßt er sich nach dem Zimmer seines Vaters. Dort wartet er sich auf die Knie und betete mit lauter Stimme das Vaterunser in lateinischer Sprache. Dann flüsterte er mit dem Ause: „Ich kann nicht mehr, ich kann nicht mehr!“ nach seinem Zimmer. Die Doctoren Conneau und Corbiart folgten ihm dahin und bei ihrer Erzählung konnten sich erst sein gepriesenes Herz in Thränen Lust machen. Seitdem hat er und die Kaiserin mehrmals an der Leiche Napoleons gebetet. Dieselbe ruht in dem schölichen Zimmer des Kaisers auf dem eisernen Bett, auf welchem er verstorben ist; zu ihren Füßen eine Hostie und in einem mit Weißwasser gefüllten kupfernen Kelch ein Buchbaumzweig. Das Antlitz des Verbliebenen ist ruhig und unverändert.

[Zum Gramont'schen Handel.] Der österreichische Minister des Äusseren, Graf Andrassy, schreibt der „Soir“, hat sich die in dem bekannten Briefe des Herzogs von Gramont enthaltenen Aufstellungen zu Herzen genommen und in einer an den kaiserlichen Botschafter in Paris, Graf Apponyi, gerichteten Depesche die Wahrschau über die Ereignisse, welche dem Kriege von 1870 vorangingen, wiederherstellen zu sollen geglaubt. Herr v. Andrassy versichert, Österreich habe erklärt, daß es außer Stande wäre, einen Krieg zu führen, und habe der französischen Regierung dringend vorgestellt, daß sie selbst im Fall nicht in der Lage gewesen sei, gegen Preußen einen Kampf mit

gleichen Waffen zu unternehmen. Obgleich diese Depesche einen persönlichen Charakter hatte, hat Graf Andrassy doch ohne Bedenken Herrn v. Apponyi ermächtigt, sie dem Präsidenten der Republik (soll wohl genauer heißen: dem Minister des Äusseren) mitzuteilen.

Großbritannien.

London, 11. Jan. [Die Mission des Grafen Schwalloff] gibt der „Times“ Gelegenheit, ihr bisheriges langes Schweigen über die mittelasiatische Frage zu brechen und die Lage der Dinge zwischen Russland und England in Mittelasien nach allen Seiten hin zu beleuchten.

Das Titblatt erblieb in der Mission des Grafen Schwalloff die Anerkennung zweier Dinge: Erstens, daß Russland von einer Ueberzeugung, von Englands Ernst in der mittelasiatischen Frage durchdrungen sei, und ferner daß es wünscht, diese Frage in einem verhältnißhaften Sinne zu discutiren und auf alle Fälle vorläufig zu irgend einer freundlichen Beilegung zu bringen. „Unter diesen Umständen“ — urtheilt die „Times“ — „braucht unsere Regierung nur ihre Politik in deutlicher Sprache auszudrücken und fest bei ihr zu verharren, und der russische Gesandte wird von dem Entschluß wahrscheinlich nicht abweichen. Die Absichten Englands, wie dieselben der Regierung des Kaisers bereits mitgetheilt wurden, lassen in der That keinen Raum für unverhütlige Einwände oder sofortigen Antagonismus, obwohl sie die Idee einer vorziehenswerthen Alternative eingezogen haben mögen. Wir haben einfach angezeigt, daß wir uns jeder Einmischung in russische Grobheiten in Mittelasien enthalten wollen, so lange dieselben nicht gewisse specificirte Grenzen überschreiten. Allerdings folgert diese Anerkennung, daß wenn jene Grenzen überschritten werden, wir dies als eine Kriegsursache betrachten dürfen; aber diese Eventualität ist nicht drohend, und es ist bereits klar, daß die Russen einen Wunsch, das Ereignis zu beschleunigen. Sie sind wahrscheinlich thatsächlich überrascht worden.“

Das England, so friedfertig auch seine Politik sein möchte, im Nothfalle für

sein Indisches Reich kämpfen, und entschlossen kämpfen würde, wüssten alle russischen Staatsmänner wohl, aber Niemand müsste, an welchen Punkten

oder unter welchen Lagen der Entschluß oder die endgültigen Bedingungen der proklamierten Verständigung gefaßt werden dürfen.“

Der Moment erschien unerwartet, und nun hat sich der Vertraute des Kaisers selber nach diesem Lande begeben, um zu sehen, was gelanzen werden kann. Wir wagen mit Sicherheit vorzusagen, daß, ehe eine britische Regierung einen Schritt von solcher Wichtigkeit ergreift, sie ihre Kenntnis wohl ermittelt haben würde; auch wissen wir in der That nicht, daß Minister irgend eine wünschenswertere Politik einschlagen könnten, als die, welche in dem Communiqué vom vorigen Monat angezeigt war. Dasselbe stellt aus keinerlei Beuthigung an dem russischen Vorgehen blos, noch läßt es uns irgend ein zweifelhaftes politisches Experiment begehen.“

Es erklärt nur, daß das Vordringen Russlands auf unter indisches Reich, nachdem eine gewisse Linie passirt ist, nicht mit Gleichgültigkeit betrachtet werden wird. Thatsächlich sind wir entschlossen, die Unabhängigkeit Afghanistan's aufrechtzuhalten, und diesen Entschluß haben wir durch eine Andeutung ausgedrückt, daß gewisse Territorien unseres Verbündeten, des Emirs, denen Russland sich jetzt nähert, als unter

unserem Schutz stehend betrachtet werden müssen. Eine solche Ankündigung ist offenbar darauf berechnet, eine oder die andere Weise der proprieierten Veränderungen zu erzielen, und dann wird es vorläufig ein Ende mit der mittelasiatischen Frage haben; wenn Russland sich denselben widerseigt, wird die Frage in einem zukünftigen Moment unter die Entscheidung des Schiedsgerichts gelangen. Wir wähnen nicht, daß die russische Regierung zur Annahme der letzteren Alternative geneigt ist, und da unsere Bedingungen keineswegs unvernünftig sind, so würden dieselben, wenn stetig dabei beharrt wird, wahrscheinlich angenommen werden. Das Resultat wird nicht auf eine endgültige Auslöhnung politischer Nebenbuhlerschaft hinauslaufen, sondern es wird die Beziehungen der beiden Staaten auf einen klaren und verständlichen Fuß setzen und jede Regierung in den Stand setzen, danach ihre Politik zu formen.“

Am Schlusse ihres Artikels halten die „Times“, die Möglichkeit eines

Kampfes in Mittelasien vorausgehend, Musterung über die relative Stärke Russlands und Englands. „Außer für die möglichen Resultate einer politischen Agitation“ — sagt das leitende Blatt — „ist Russland thatsächlich machlos gegen uns; aber es mag gedacht haben, wie Viele dachten, daß eine Expedition über die Grenze von furchtbaren Convulsions in Britisch Indien begleitet werden dürfte.“

Möglicherweise ist die Besorgniß dieser halb auf jeden Fall seit der Meuterei, sehr übertrieben worden; aber es ist kein Nothwendiges vorhanden, die Thatade zu verbreihen, daß wir einen orientalischen Krieg mit weit mächtigeren Hilfsquellen als Russland, aber auch mit einem weit größeren Einsatz unternehmen dürften. Wir haben für etwas zu kämpfen; Russland hat nichts, es sei denn für die Freiheit der Eroberung. Auf der andern Hand haben wir in der jetzigen Conjuratur einen entschiedenen Vortheil, denn wir allein können sicherlich thun, was wir zu thun unternehmen.“

Was wir androhen mögen, können wir höchst gewißlich ausführen. Was Russland androhen könnte, dürfte schließlich in Worte verdunsten.“

Der „Spectator“ gibt einem Gerüchte Raum, daß in den Unterhandlungen zwischen England und Russland betrifft Mittelasien ein Hinderniß eingetreten sei, und daß die Mission des Grafen Schwalloff sich auf Fragen beziehe, die bezüglich der Unabhängigkeit und Sicherheit Persiens entstanden seien. Ohne dies Gerücht irgendwie verbürgen zu können, knüpft der „Spectator“ daran höchst düstere Betrachtungen, für den Fall es Russland einfallen sollte, eine Armee in das von Hungersnoth dezimierte, mit der Regierung unzufriedene Persien zu senden und das Land zu unterjochen.

„Keine Macht, außer Deutschland oder England, könnte“ — meint das Blatt — „die Katastrophe verhindern oder sehr verzögern, und Deutschland hat jedes Interesse daran, Russland und England eine Position einnehmen zu sehen, die sie beide in gegenseitiger Wachsamkeit erschöpfen würde. Wenn England demnach schwach oder durchsucht, oder unentschlossen, oder zu sehr von der Idee eingenommen ist, daß eine russische Herrschaft für Persien ein Gewinn ist, — eine Idee, die wir nicht förmlich leugnen können — obwohl der Gewinn zu teuer erkauft werden darf; Russland hat nichts, es sei denn für die Freiheit der Eroberung. Auf der andern Hand haben wir in der jetzigen Conjuratur einen entschiedenen Vortheil, denn wir allein können sicherlich thun, was wir zu thun unternehmen.“

Der „Spectator“ regt die Russen an, die Mission des Grafen Schwalloff gegen die Türkei und eine neue Eisatzquelle für seinen überbürdeten Schatz sofort seitert werden dürfen. Wir können nicht wieder den Sultan vertheidigen, ohne Indien zu riskiren; wir könnten ohne russische Einwilligung nicht oder auf Peking zu marschieren; und wir würden uns ebenso sehr außerhalb der Bewegung der asiatischen Politik befinden, wie wir jetzt außerhalb des Continents von Europa sind. Es würde besser sein, einen großen Krieg auf einem Schlachtfelde in Persien zu führen, als eine so unerträgliche Position einzunehmen.“

Spanien.

Madrid, 10. Januar. [Gegen die Insurgenten.] Die gestrige amtliche Zeitung veröffentlicht ein Königliches Decret, durch welches Moriones zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannt wird, während ihm zugleich seine Stelle als Cavallerie-Director vorbehalten bleibt. Nach der „Correspondencia“ wird die Nordarmee aus zwei Divisionen bestehen, die eine unter dem Befehle von General Primo de Rivera, die andere unter General Gonzales; jede Division wird zwei Brigaden enthalten. General Moriones soll die umfangreichen Vollmachten erhalten haben. Nachrichten aus Catalonien zufolge haben die carlistischen Banden seit einigen Tagen in beträchtlicher Weise zugenommen. Die Bande Valles, 600 Mann stark, drang in der Nacht zum letzten Montag in Selva ein. Die 700 Mann zahlende Bande von Valles und Tallada erschien letzten Sonnabend in Batarell, wo sie die Steuern von drei Monaten erhob. Die Bandenführer Ferre und Cucala machten am 7. d. M. an der Spitze von mehr als 500 Mann einen Ausfall aus Pinell in der Richtung gegen Grandesa. Der Bandenführer Castells ist getötet worden.

[Der Graf von Montijo.] Nichte der Kaiserin Eugenie, ist nach England abgereist, um dem Eichenbegängnisse Napoleons beiwohnen.

war für dieses Jahr der erste gesellige Abend angezeigt und wurde durch einen humoristischen Prolog, den Literat Krause verfaßt hatte und Herr Lindner vortrug, eingeleitet, derselbe wurde beifällig von den sehr zahlreich versammelten Mitgliedern aufgenommen, obwohl er ihnen in scherhaftem Gewand einige verdiente Wahrheiten sage und für die Zukunft gute Lehren nicht sprake. Die Productionen zerfielen in 2 Abtheilungen, wovon mehrerer männlicher und weiblicher Mitglieder enthielten, die auch mit Beifall belohnt wurden. Desgleichen ein Walzer-Londo für Trompete, ausgeführt durch Herrn Niechol, und ein vom gemischten Chor vorgetragenes Lied: „Auf die Berge“ von Abt. Die 2. Abtheilung brachte ein einactiges Lustspiel von Grand-Jean mit freier Benutzung eines französischen Stoffes, das von den Mitwirkenden zur Zufriedenheit des Publikums aufgeführt wurde, dann folgte bis in den späten Abend eine Sonntagsmorgen hinein der Tanz.

Den gestrigen Vortrag bildeten sociale Streiflichter von Herrn Drechsler Otto Birner, stellvertretenden Vorständen des Breslauer Ortsverbandes der Gewerbevereine, der die sociale Entwicklung und die Conflicte unserer Gegenwart von dem freien, aber gemäßigten Standpunkt der Hirsch-Dunkleren Partei aus schilderte, und namentlich auf die Notwendigkeit der Gewerbe-Schiedsgerichte, Produktionsgenossenschaften, vorerst aber größerer Bildung der Mehrzahl der Handwerker und Arbeiter hinwies, dann folgte eine kurze Fragebeantwortung, an deren Schlus hr. Lindner die Mitglieder aufforderte, die Aufführung des am 8. d. M. anstehenden Narrenfestes, durch Lieferung von Beitragsgeld aus öffentlichen und Vereinsleben unterstehen zu wollen. Ebenso lud hr. Birner sie zum Besuch des Stiftungsfestes des Ortsverbandes am nächsten Sonnabend ein. — Das Verzeichniß der Vorträge im 1. Quartal d. J. ist noch nicht ganz vollständig und wird darum erst in der nächsten Woche ausgegeben werden.

[Angekommen.] Schowaloff, t. Staatsrat nebst Fam. aus Petersberg. Se. Durchlaucht Fürst Alexander v. Metzcerst. aus Petersberg. (Frmbl.)

[Schornsteinbrand.] Gestern Abend gegen 7 Uhr rückte die Hauptfeuerwache nach dem Hause Schneidnerstraße Nr. 12, woselbst ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Eine weitere Gefahr fand sich nicht vor

[Notizen aus der Provinz.] Hirschberg. Die andauernd milde Witterung brachte am 12. Abends lauen Südwestwind und in der Nacht Regen. Am 13. Januar früh zeigte das Thermometer reichlich 5 Gr. R. +. Am 12. Januar wurden am Vorerst vollständig entwidelt Palmenzweige gebrochen und am Helton reiste Preiselbeeren geflücht.

+ Ratibor. Der hies. „Allg. Ob. Anzeiger“ meldet: Zur Pflege der Cholera erkrankten und im Lazaret untergebrachten Patienten sind eine Anzahl von Krankenpflegerinnen von Falckenberg hieselbst eingetroffen.

— Die Ergebnisse der Viehhaltung in der Stadt Ratibor am 10. Jan. sind: Zahl der Viehbeständen Haushaltungen 283, der Pferde 209, des Hirsches 264, der Schafe 2, der Schweine 207, der Ziegen 33, der Bienenstände 27.

— Während man aus vielen Gegenden Mittel- und Niederschlesiens erfährt, daß derselbst die diesjährige Jagdsaison bedeutend hinter den gegebenen Erwartungen zurück geblieben ist, können wir von unserem Oberhaupten gerade das Gegenteil berichten. Die Ergebnisse bei den abgehaltenen Jagden sind außerordentlich günstig zu nennen. Rebhühner, Hasen und Fasane sind in einer Unzahl abgeschossen worden. An der Spitze der glänzendsten Jagdreviere stehen die des Baron von Rothschild, die des Fürsten von Lichnowsky und die des Grafen Gaedicke, welche mit einer außerordentlichen Sorgfalt gelegt und gepflegt werden. Interessant sind die Resultate, welche in den jetzt verlorenen Tagen auf den fürstlich v. Lichnowsky'schen Revieren erzielt wurden. Am 3. Januar hielt der Fürst auf seiner Herrschaft Vorutin eine Treibjagd ab; er selbst war der alleinige Schütze und schoß an diesem Tage 201 Hasen in wenigen Stunden. Am 7. Januar hatte sich der Fürst v. Lichnowsky vier Gäste, sehr gute Schützen, eingeladen, mit welchen er die berühmte Max-Jagd anstreben wollte. Diese Jagd bildet einen Glanzpunkt für Jagd in unserer Gegend. Die Anlage selbst ist in Eintheilung und Lage zum Entzünden jedes Jagdgebietes eingerichtet und macht den Gründer derselben alle Ehre. Der Aufzug der Fasane war in diesem Jahre vorzüglich glücklich und eine reiche Beute stand in Aussicht. Diese Hoffnung ist aber auch erfüllt worden; denn diese 5 Schützen erlegten nach ihren Angaben 545 Stück Fasanenhäute, und zwar der Jagdbecher selbst 129; der zweite Schütze 109; der dritte 107; der vierte 104; der fünfte 96 Stück. Zur Strecke wurden gebracht 460 Stück und bei der Nachzählung noch 150 Stück hinzugekommen, so daß also das Ergebnis dieser Jagd noch über jene Angaben hinaus in 610 Stück Fasane bestand. — Am 8. Januar, also Tags darauf, wurde von Seiten des Fürsten v. Lichnowsky eine große Treibjagd auf Hasen mit seinen 4 Gästen auf seinen schönen Revieren: Röberwitz und Gilbethof veranstaltet, wobei von diesen 5 Schützen 759 Stück Hasen zur Strecke gebracht wurden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 14.

ergangenen Rescripte mit dem Projekte der Berliner Südwestbahn durchweg einverstanden erklärt. Dagegen hat der Handelsminister das Gesuch des Directors der Berlin-Hamb. Immobilien-Gesellschaft, Herrn Busse, um Genehmigung der Vorarbeiten für das Project einer Eisenbahn zur Verbindung der inneren Stadt Berlin mit ihren Umgebungen ablehnend beantwortet, und Herrn Busse an die Deutsche Eisenbahnen-Gesellschaft verwiesen, die den Hauptzwecken seines Projectes bereits gerecht zu werden scheint.

B. Stettin, 14. Januar. [Stettiner Börsebericht.] Wetter: stürmisches. Temperatur +9° R. Barometer 28° 1". Wind: SW. — Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—61 Thlr. bez., besserer 62—72 Thlr. bez., sein 73—81 Thlr. bez., pr. Frühjahr 82%, % Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82% Thlr. Gld., pr. Juni-Juli u. Juli-August 82 Thlr. Gld. — Roggen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54% Thlr. bez., sein 56% Thlr. bez., pr. Januar-Februar 54% Thlr. Br. u. Gld., pr. Frühjahr 54%, % Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55%, % Thlr. bez. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50—54 Thlr. bez., Hafer fest, pr. 2000 Pfd. loco 38—44% Thlr. bez., pr. Frühjahr 45% Thlr. Gld. — Erbsen behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter 49% Thlr. bez. — Winterrüben pr. 2000 Pfd. pr. September-October 103 Thlr. bez. — Rübbel geschäftslos, pr. 2000 Pfd. loco 23 Thlr. Br., pr. Januar u. Januar-Februar 22% Thlr. Br. u. Gld., pr. Februar-März 22% Thlr. Br., pr. April-Mai 23% Thlr. Br. u. Gld., pr. September-October 23% Thlr. Br. — Spiritus fest und höher, pr. 100 Liter a 100 pcf. loco ohne Fas 17% Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 17% Thlr. Gld., pr. Frühjahr 18% Thlr. bez., u. Br., pr. Mai-Juni 18% Thlr. bez., u. Gld. — Petroleum loco 7% Thlr. bez. u. Br., pr. Januar 7 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 7 Thlr. Br., pr. Februar-März 6% Thlr. Br.

Angemeldet: 1000 Ctr. Roggen.

Regulierungssätze: Weizen 81%, Roggen 54%, Rübbel 22%, Spitzitus 17% Thlr.

Posen, 14. Januar. [Produkten-Bericht von Lewin & Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) behauptet. Kündigungspreis 53%. Gel. — Wähl. Januar 53% bez. u. Br., Januar-Februar 53% bez. u. Br., Februar-März 53% bez. u. G., Frühjahr 55 bez. u. Br., April-Mai 55 bez. u. Br., Mai-Juni 55 G., 55% Br., Juni-Juli — Spiritus (pro 10,000 Liter %) fest. Kündigungspreis 17% — Gel. 20,000 Liter. Januar 17% bez. u. G., Februar 17% bez. u. G., März 17% bez. u. Br., April 17% Br., April-Mai 17% bez. u. G., Mai 18% Br., Juni 18% bez. u. Br., Juli 18% bez. u. G., August —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: fest, pr. 1050 Kilogr. seiner 88—95 Thlr., mittel 83—85 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. Roggen: ruhiger, pr. 1000 Kilogr. seiner 56—57 Thlr., mittel 54—55 Thlr., ordinär 52—53 Thlr. — Gerste behauptet, pr. 925 Kilogramm seine 46—47% Thlr., mittel und ordinär 43—45 Thlr. — Hafer: flau, pr. 625 Kilogramm seiner 26—27 Thlr., mittel u. defect 24—25 Thlr. — Erbsen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. Koch-Erbsen 53—55 Thlr., Futter-Erbsen 48—50 Thlr. — Lupinen: gefragt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 26—32 Thlr. — Widen: beachtet, pr. 1000 Kilogr. 43—45 Thlr. — Delftsaat: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Raps — Thlr. — Leinsamen: wenig verändert, pr. 50 Kilogramm m 78—82 Thlr. — Buchweizen: still, pr. 75 Kilogr. 46—49 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Regnerisch.

Berlin, 14. Januar. Weizen loco 72—89 Thlr. pr. 1000 Kilogr. nach Qualität, weißbunter poln. — Thlr. bez., gelber medlenburger 74% Thlr. ab Bahnhof bez., pr. Januar 82 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 82 Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 83% — 83 Thlr. bez., Mai-Juni 82% — 82 Thlr. bez. — Roggen loco 56—60 Thlr. pr. 1000 Kilogr. gefordert, inländischer 58% Thlr. ab Bahnhof bez., pr. Januar 58 Thlr. bez., Januar-Februar 57% Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 56% — 56% Thlr. bez., Mai-Juni 56% — 56% Thlr. bez., Juni-Juli 56% — 56% Thlr. bez. — Rübbel befreite sich einer Kleinigkeit bei sehr stillem Geschäft, loco 23 Thlr. bez. — Spiritus ansfangs fest und höher, zum Schluss matter, loco ohne Fas 18 Thlr. 3 Sgr. bez., pro Januar und Januar-Februar 18 Thlr. 7—10 Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 19—25—22 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 20—26—24 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 3—6—5 Sgr. bez. — Getöndigt 30,000 Liter 18 Thlr. 10 Sgr. bez. — Wetter: regnerisch.

* Breslau, 15. Jan., 9% Uhr Vorm. Am heutigen Marte war die Stimmung im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6%—9 Thlr., gelber 7—8% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen für seine Qualitäten gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6% Thlr., feinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr., weiße 5% bis 5% Thlr.

Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen niedriger, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr.

Widen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4%—4% Thlr.

Lupinen offeriert, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—8% Thlr., blaue 2% bis 3% Thlr.

Boden niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5%—6 Thlr.

Blatt unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5% Thlr.

Delftsaat unverändert.

Schlaglein mehr offeriert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinsaat 8 — 8 15 — 9 —

Winter-Raps 9 15 — 9 17 6 10 2 6

Winter-Süßsen 8 27 — 9 2 6 9 17 6

Sommer-Süßsen 8 17 — 9 — 9 17 6

Leindotter 7 — 7 25 — 8 10 —

Rapsblumen mehr beachtet, schlesisch 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinblumen matter, schlesisch 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinsaat gute Kauflust für seine Qualitäten, rothe 12—15% Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21% Thlr. pr. 50 Kilogr. hochreine über Notiz.

Chymothee mehr offeriert, 8%—10% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wohl's Teleg.-Bureau.)

Brüssel, 14. Januar. Auf eine in der heutigen Sitzung der Repräsentantenfamme eingeführte Interpellation gab der Ministerpräsident de Thour die Erklärung ab, daß die Genehmigung zur Cession des luxemburgischen Eisenbahnnetzes an eine kürzlich gebildete Gesellschaft von der Regierung nicht ertheilt worden sei, weitere Erläuterungen der Sachlage könne er jedoch vorläufig nicht abgeben. Hierauf entgegnete der Deputirte Vara, wenn die Genehmigung der Cession definitiv versagt worden sei, so sei die Sache erledigt; sei dies aber nicht der Fall, so müsse noch ein gewisses Dunkel über der Sache walten, und dann sei die Angelegenheit noch nicht beendet. Von dem anwesenden Finanzminister Malou wurden darauf für morgen nähere Auseinandersetzungen in Aussicht gestellt.

Brüssel, 14. Januar. In der Repräsentantenkammer legte heute der Finanzminister Malou einen Vertrag mit Holland betreffend die Führung der Eisenbahnlinie Antwerpen-Gladbach über Limburgisches Gebiet zur Genehmigung vor.

Rom, 14. Jan. Abends. Auf Befehl des Kriegsministers begab sich dem amlichen Blatte zufolge der General Picola Caselli in Begleitung dreier Offiziere nach Chislehurst, um die italienische Armee, deren oberster Chef Napoleon 1859 gewesen, bei dem Leichenbegängnis zu vertreten.

London, 14. Januar. Der Prinz von Wales, der Herzog von Edinburgh und der Prinz Christian von Dänemark sind heute in Chislehurst eingetroffen. — Prinz Arthur ist heute von hier abgereist, um sich über Galais und Deutschland nach Rom zu begeben.

London, 13. Jan. Die Leiche des Kaisers Napoleon wird, dem "Globe" zufolge, bis morgen Nachmittag 4 Uhr in Parade ausge stellt. Die Kaiserin Eugenie ist erkrankt und wird der Beerdigungsfeierlichkeit nicht bewohnen können.

Kopenhagen, 14. Januar. Der Antrag der Führer der Linken,

die Beratung des Schulgesetzes in erster Lesung abzubrechen und anstatt dessen einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zur weiteren Beratung der Vorlage zu wählen, kam in der heutigen Sitzung des Volksstings trotz des Widerstandes der Minister mit 58 gegen 37 Stimmen zur Annahme. Der besuchte Conflict zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung ist somit zunächst vertagt.

Washington, 14. Jan. Nach Berichten aus England wird dort die Authentizität sowohl der Note des Staatssekretärs Fish an Spanien bezüglich der Zustände auf Cuba, als auch des Antwortschreibens der spanischen Regierung beweiselt. Diese Documente befinden sich indessen unter den offiziellen diplomatischen Correspondenzen, welche dem Congress gleichzeitig mit der Botschaft des Präsidenten unterbreitet ist, sind aber erst jetzt zur Veröffentlichung gelangt.

Berliner Börse vom 15. Januar 1873.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Action.	
Amsterdam 250FL	k. S. 5	140%	bz.
do, do	2 M. 5	139%	bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S. 3	145%	bz.
do, do	2 M. 3	140%	bz.
London 1 Lst.	3 M. 4%	620%	bz.
Paris 300 Frs.	2 M. 5	92%	B. 92G.
Wien 150 FL	8 T. 6	92%	B. 92G.
do, do	2 M. 6	91%	B. 91G.
Augsburg 100 FL	2 M. 4	56%	G.
do, do	2 M. 5	54%	G.
Böh. Westbahn	7%	8%	bz.
Breslau-Freib.	7%	8%	bz.
do, nou	5	5	bz.
Cöln-Minden	10%	11%	bz.
do, nou	5	5	bz.
Dix-Bodenbach B.	8	8%	bz.
Gal. C. Ludw.-B.	8	8%	bz.
Halle-Sorau-Guben	4	4	bz.
Hannover-Altenb.	5	5	bz.
Kaschau-Oderberg	5	5	bz.
Kronpr.-Budolfs.	5	5	bz.
Ludwigs-Bexx.	90%	11%	bz.
Märk.-Posener.	8%	8%	bz.
Magdeb.-Halberst.	8%	8%	bz.
Magdeb.-Leipzig.	12	16	bz.
do, Lit. B.	4	4	bz.
Mainz-Ludwigshaf.	9%	11	bz.
Ndrachl.-Mark.	4	4	bz.
Ndrachl.-Zweigb.	6	4	bz.
Oberschles. A. U. C.	12%	13%	bz.
do, 12%	12%	13%	bz.
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	12	bz.
Oestr.-Nordwestb.	5	5	bz.
Oestr. südl. St. B.	3	4	bz.
Ostpreu. Südbahn.	0	4	bz.
Rechte O.-U.-Bahn	3	5	bz.
Reichenberg-Pard.	42%	43%	bz.
Rheinische.	82%	85%	bz.
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	bz.
Rümän. Eisenb.	5%	5%	bz.
Schweiz, Westbahn	2%	2	bz.
Stargard.-Posener	4%	4%	bz.
Thüringer.	9	10%	bz.
Warschau-Wien.	12	12	bz.

Fonds und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actionen.	
Nordd. Bundes-Anl.	4%	101%	bz.
Freiw. Staats-Anleihe v. 1859	4%	101%	bz.
dito	1856/54	101%	bz. G.
dito	1856/57/59/64	101%	bz. G.
dito	1867/68	101%	bz. G.
dito consolid.	103%	102%	bz.
dito	1850/52	95%	bz.
dito	1863	5%	bz.
Staats-Schuldschein.	3%	89%	bz.
Präm.-Anleihe v. 1856	3%	125%	bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4%	100%	bz.
Cöln-Mind. Prämiss.	4%	94%	bz. G.
Berliner	4%	93%	bz.
Central-Boden-Cr.	4%	102%	bz.
do, Unkundi.	5%	101%	bz.
Pommersche	3%	81%	bz.
Posenische	4%	90%	bz. G.
Kur. u. Neumärk.	4%	82%	bz.
Pommersche	4%	96%	G.
Preussische	4%	92%	bz.
Russ. Bahn.	5%	94%	bz.
Kurh. 40 Thlr.-Loose 71 1/4 G.	111 1/4 G.	Dollars 1.11 G.	